



Kassenmäßige Steuereinnahmen 2003 unter dem Niveau von 1999

Winfried Gruber



Dipl.-Volkswirt Winfried Gruber ist Leiter der Abteilung „Finanzen und Steuern, Preise und Löhne, Soziale Sicherung“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Im Jahr 2003 hat das staatliche Steueraufkommen in Baden-Württemberg gegenüber 2002 um 1,2 % zugenommen. Noch aber haben die jährlichen Steuereinnahmen nicht wieder das Niveau des Jahres 2000 mit dem bisherigen Höchststand seit Bestehen des Landes in Höhe von 63,1 Mrd. Euro erreicht. Nach der Steuerverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden entfielen auf das Land Baden-Württemberg im Jahr 2003 rund 22 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern, dieser Betrag blieb aber immer noch unter den 22,3 Mrd. Euro Steuereinnahmen des Jahres 1999.

Stagnierende Wirtschaftsleistung im Jahr 2003 dämpft Steuerwachstum

Im Gesamtjahr 2003 belief sich das reale Bruttoinlandsprodukt, die Summe der in Baden-Württemberg erbrachten wirtschaftlichen Leistungen, auf 291,4 Mrd. Euro und wies damit wie in ganz Deutschland ein Minus von 0,1 % gegenüber dem Vorjahr aus. Diese Wachstumsschwäche hatte glücklicherweise nicht so erhebliche Auswirkungen auf die staatlichen Steuereinnahmen von Bund und Land wie in den Jahren zuvor. So stiegen diese im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um immerhin 721 Mill. Euro (+ 1,2 %) auf 60,2 Mrd. Euro (vor Steuerverteilung) (vgl. *Tabelle 1*), nachdem sie noch 2002 gegenüber 2001 um 2,4 % zurückgegangen waren. Die dramatische Dimension eines geringen bzw. gar ausbleibenden Wirtschaftswachstums mit der Folge von Steuerrückgängen im Land wird erst im Zeitablauf deutlich, denn schließlich liegen die staatlichen Steuereingänge von Bund und Land im Jahr 2003 nach wie vor um 103 Mill. Euro unter dem Niveau von 1999.

Differenzierte Entwicklung des staatlichen Steueraufkommens im Jahr 2003

Das Wachstum des Steueraufkommens im Land vor der Steuerverteilung (*siehe i-Punkt*) war am stärksten bei den Bundessteuern. Diese nahmen um 5,9 % auf 7,7 Mrd. Euro zu, wobei die Zuwächse unter anderem aus dem

gestiegenen Aufkommen der Mineralöl- und Stromsteuer resultierten (*Tabelle 1*). Hier zeigten Steuersatzerhöhungen bei der Mineralölsteuer und die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform bei der Stromsteuer deutliche Folgen. Einen geringen Zuwachs wiesen jedoch die Gemeinschaftsteuern (+ 0,6 %) auf. Hier wurden die Rückgänge bei der veranlagten Einkommensteuer durch erhebliche Steigerungen bei der Körperschaftsteuer kompensiert. Die Einkommensteuer wird bekanntlich durch zahlreiche Erstattungen und Zulagen, zum Beispiel durch Aufwendungen bei der Eigenheimzulage, „belastet“. Weit mehr als im

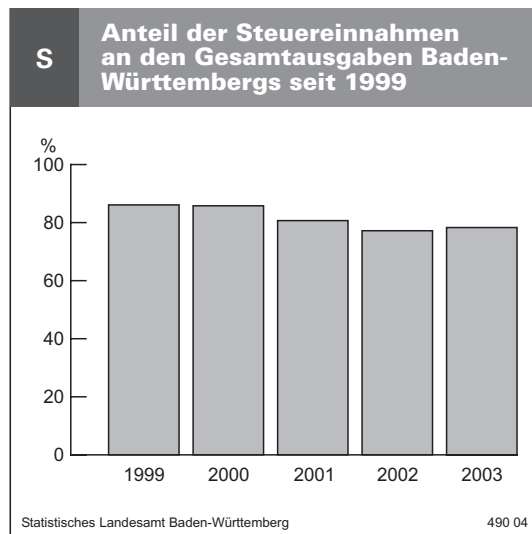
i Im Rahmen der Steuerverteilung stehen die Steuereinnahmen den staatlichen Ebenen gemäß einem von der Verfassung vorgesehenen Verbund- bzw. Trennsystem zu:

- **Bund und Ländern gemeinsam (Gemeinschaftsteuern)** das Aufkommen aus den Steuern vom Einkommen (Lohn-, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer) und vom Umsatz (Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer), wobei die Gemeinden Anteile an der Lohn- und Einkommensteuer, dem Zinsabschlag und der Umsatzsteuer erhalten,
- **dem Bund alleine (Bundessteuern)** das Aufkommen aus der Versicherungssteuer, den Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) und dem Solidaritätszuschlag,
- **den Ländern alleine (Landessteuern)** das Aufkommen aus der Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, Rennwett- und Lotteriesteuer, der Feuer- und Schutzsteuer und der Biersteuer,
- **den Gemeinden alleine (Gemeindesteuern)** das Aufkommen aus den Grundsteuern, der Gewerbesteuer (ohne Gewerbesteuerumlage) und den örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern.

T1 Steueraufkommen in Baden-Württemberg 2002 und 2003 nach Steuerarten vor der Verteilung					
Steuerart (Auszüge)	2002	Anteil am Steuer- aufkommen	2003	Anteil am Steuer- aufkommen	Veränderung 2003 gegenüber 2002
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Staatliches Steueraufkommen insgesamt	59 458	100	60 179	100	+ 1,2
I. Gemeinschaftsteuern	49 547	83,3	49 863	82,9	+ 0,6
Steuern vom Einkommen	32 245	54,2	32 650	54,3	+ 1,3
Lohnsteuer	25 404	42,7	25 700	42,7	+ 1,2
Veranlagte Einkommensteuer	2 225	3,7	1 563	2,6	- 29,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 328	3,9	1 455	2,4	- 37,5
Zinsabschlag	943	1,6	828	1,4	- 12,2
Körperschaftsteuer	1 345	2,3	3 105	5,2	+ 130,9
Steuern vom Umsatz	16 293	27,4	16 048	26,7	- 1,5
Umsatzsteuer	12 988	21,8	12 539	20,8	- 3,5
Einfuhrumsatzsteuer	3 304	5,6	3 509	5,8	+ 6,2
Gewerbsteuerumlage	1 009	1,7	1 166	1,9	+ 15,5
II. Landessteuern	2 634	4,4	2 610	4,3	- 0,9
Erbschaftsteuer	470	0,8	470	0,8	+ 0,1
Kraftfahrzeugsteuer	1 091	1,8	1 047	1,7	- 4,0
III. Bundessteuern	7 277	12,2	7 706	12,8	+ 5,9
Verbrauchssteuern	5 021	8,4	5 449	9,1	+ 8,5
Mineralölsteuer	4 129	6,9	4 458	7,4	+ 7,9
Stromsteuer	822	1,4	1 027	1,7	+ 25,0
Ergänzungsabgabe/ Solidaritätszuschlag	1 699	2,9	1 700	2,8	+ 0,0

T2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg 2002 und 2003 nach Steuerarten und Verteilung					
Steuerart (Auszüge)	2002	Anteil am Steuer- aufkommen	2003	Anteil am Steuer- aufkommen	Veränderung 2003 gegenüber 2002
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Steuereinnahmen des Landes	21 304	100	21 997	100	+ 3,3
Gemeinschaftsteuern	18 669	87,6	19 387	88,1	+ 3,8
davon					
Steuern vom Einkommen	11 398	53,5	11 898	54,1	+ 4,4
Lohnsteuer	8 655	40,6	8 761	39,8	+ 1,2
Veranlagte Einkommensteuer	939	4,4	664	3,0	- 29,3
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	945	4,4	523	2,4	- 44,7
Zinsabschlag	673	3,2	675	3,1	+ 0,3
Körperschaftsteuer	187	0,9	1 277	5,8	+ 583,2
Steuern vom Umsatz	6 558	30,8	6 691	30,4	+ 2,0
davon					
Umsatzsteuer	5 007	23,5	5 021	22,8	+ 0,3
Einfuhrumsatzsteuer	1 551	7,3	1 670	7,6	+ 7,7
Gewerbsteuerumlage	713	3,3	798	3,6	+ 11,9
Reine Landessteuern	2 634	12,4	2 610	11,9	- 0,9
davon					
Vermögensteuer	24	0,1	23	0,1	- 4,5
Erbschaftsteuer	469	2,2	470	2,1	+ 0,1
Grunderwerbsteuer	694	3,3	727	3,3	+ 4,7
Kraftfahrzeugsteuer	1 091	5,1	1 047	4,8	- 4,0
Rennwett- und Lotteriesteuern	251	1,2	239	1,1	- 4,9
Feuerschutzsteuer	43	0,2	44	0,2	+ 3,3
Biersteuer	61	0,3	60	0,3	- 2,9
Nachrichtlich:					
Steuereinnahmen des Bundes	29 942	X	30 554	X	+ 2,0
Gemeindeanteil¹⁾	3 957	X	3 894	X	
Gemeindeanteil Einkommensteuer	3 386	X	3 326	X	- 1,8
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	183	X	184	X	+ 0,3
Gemeindeanteil an Steuern vom Umsatz	388	X	384	X	- 0,9

1) Ohne Ausgleichsleistungen im Rahmen der Steuerverteilung.



Vorjahr verringerte sich auch die (inländische) Umsatzsteuer (- 3,5 %), während die Einfuhrumsatzsteuer kräftig zunahm (+ 6,2 %).

Auch die Gewerbesteuerumlage expandierte stark, mit verursacht durch die Erhöhung der Umlage für das Jahr 2003 durch das Steueränderungsgesetz 2000; sie hatte einen Anstieg von über 156 Mill. Euro auf 1,2 Mrd. Euro (+ 15,5 %) zu verzeichnen. Im Gegensatz zu den Gemeinschaftsteuern und den Bundessteuern mussten die Landessteuern einen Rückgang um fast 1 % hinnehmen, hauptsächlich bedingt durch den Rückgang bei der Kraftfahrzeugsteuer.

Zuwächse der Steuereinnahmen des Landes nach der Steuerverteilung

Eine gewisse Zuversicht für die zukünftige Entwicklung könnten die steigenden Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg nach dem Verteilungsverfahren auf Bund, Länder und Gemeinden bedeuten. Nach den erheblichen Einbrüchen in den Vorjahren konnte 2003 eine Steigerung der Steuereinnahmen des Landes um 3,3 % auf rund 22 Mrd. Euro (vgl. Tabelle 2) erzielt werden, allerdings lagen sie damit um 1,6 % oder 353 Mill. Euro unter dem Haushaltsansatz für 2003.¹ Nicht unbeachtet bleiben darf dabei zudem, dass im Gegensatz zu den Steuereinnahmen, welche in den Jahren 1999 bis 2003 um 1,4 % abnahmen, die Ausgaben des Landes hingegen im gleichen Zeitraum um beachtliche 8,5 % stiegen, sodass 2003 lediglich 78 % der Gesamtausgaben des Landes von Steuereinnahmen gedeckt waren (Schaubild).

Die reinen Landessteuern verharrten knapp etwa auf dem gleichen Niveau wie 2002, bei 2,6 Mrd. Euro. Rückgänge bei der Kraftfahr-

zeugsteuer in Höhe von 44 Mill. Euro – bedingt auch durch die Einräumung von Steuernachlässen für schadstoffarme Fahrzeuge – wurden durch Zuwächse bei der Grunderwerbsteuer von 33 Mill. Euro kompensiert.

Der Anteil des Landes bei den Gemeinschaftsteuern erhöhte sich leicht, sodass 2003 gar ein Plus von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 19,4 Mrd. Euro erreicht werden konnte. Die Steuern vom Einkommen hatten sogar einen Zuwachs von 4,4 % gegenüber dem Vorjahr auf 11,9 Mrd. Euro. Hauptursache war allerdings dabei die exorbitante Steigerung der Körperschaftsteuer (über 500 % Zunahme), die einerseits auf eine vorübergehende Steuersatzanhebung um 1,5 Prozentpunkte auf einen Steuersatz von 26,5 % (Flutopfersolidaritätsgesetz) und andererseits wohl durch geringere Erstattungen und das Moratorium für die Nutzung von Steuerguthaben aus Gewinnrücklagen zurückzuführen sein wird. Dieser Zuwachs konnte Defizite bei der veranlagten Einkommensteuer von 275 Mill. Euro (- 29,3 %) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag in Höhe von 422 Mill. Euro (- 44,7 %) ausgleichen. Hier spielt auch die (vorgezogene) Stufe 2004 der Steuerreform durch Erhöhung des Freibetrages (7 664 Euro) bzw. die Absenkung des Eingangssatzes (16 %) bzw. Spitzensteuersatzes (45 %) eine Rolle.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (- 44,7 %) wirkten sich insbesondere bei der Kapitalertragsteuer auf Dividenden die rückläufigen Gewinnausschüttungen der Unternehmen aus. Auch ein leichtes Plus bei den Steuern vom Umsatz (Zunahme um 2 % auf 6,7 Mrd. Euro) trug zur Einnahmensteigerung bei den Gemeinschaftsteuern bei.

Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern gleich bleibend

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern – Ausgleichsleistungen im Rahmen der Steuerverteilung bleiben unberücksichtigt – betrug 2003 wie im Vorjahr rund 3,9 Mrd. Euro. Nach wie vor ist der Anteil an der Einkommensteuer (einschließlich dem Anteil am Zinsabschlag) mit über 3,3 Mrd. Euro der bedeutsamste, gefolgt vom Anteil an der Umsatzsteuer mit 384 Mill. Euro.

Ausblick

In Anbetracht der Tatsache, dass die Steuereinnahmen des Landes noch nicht wieder das Niveau des Jahres 1999 erreicht haben, muss

¹ Pressemitteilung des Finanzministeriums Baden-Württemberg vom 10. Februar 2004.

die Entwicklung der Einnahmesituation des Landes im Jahr 2004 mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Im 1. Halbjahr 2004 wurde zwar in etwa ein Ergebnis wie im Vorjahreszeitraum erreicht, aber es waren letztlich doch real 5 Mill. Euro weniger, und dieses unterschritt damit den Haushaltsansatz des Jahres 2004 um 1 %.² Zu bedenken ist, dass es im Juni bei der Umsatzsteuer einen Rückgang um 20 % wegen hoher Vorsteuererstattungen gab³, auch beim Lohnsteueraufkommen musste ein Rückgang um 2,5 % hingenommen werden. Es ist weiterhin für das 2. Halbjahr 2004 unklar, wie sich die im Dezember 2003 beschlos-

senen Steuerentlastungen auswirken. Ein erster – wenn auch schwacher – Hoffnungsschimmer könnte sein, dass das Wirtschaftswachstum im 2. Quartal im Vorjahresvergleich mit knapp 2 % etwas stärker gestiegen ist als im 1. Quartal. Allerdings ist die weltwirtschaftliche Entwicklung, auch angesichts der steigenden Ölpreise, mit äußerster Vorsicht zu betrachten. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Winfried Gruber, Telefon 0711/641-2740
E-Mail: Winfried.Gruber@stala.bwl.de

² Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 20. Juli 2004.

³ Inwieweit hier missbräuchliche Nutzungen des Umsatzsteuerrechts eine Rolle spielen, ist noch unklar. Es sind aber Umsatzsteuer-ausfälle von jährlich 18 Mrd. Euro für Deutschland in der Diskussion; vgl. Pressemitteilung des Staatsministeriums vom 14. August 2004.

kurz notiert ...

Einnahmen der Kommunen in Baden-Württemberg aus örtlichen Steuern um 1,5 % gestiegen

Nach den Ergebnissen der kommunalen Jahresrechnungsstatistik betrug das Aufkommen aus den örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, im allgemeinen Sprachgebrauch auch „Bagatellsteuern“ genannt, in Baden-Württemberg im Jahr 2002 rund 74 Millionen Euro (2001: 73,1 Mill. Euro). Dies entspricht einem Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem Jahr 2001. Der Anteil am gesamten kommunalen Steueraufkommen beträgt allerdings nur 1,1 %.

Mit rund 36,9 Mill. Euro entfällt etwa die Hälfte des Gesamtaufkommens auf die Vergnügungssteuer. Sie wird von etwa jeder zweiten Gemeinde in Baden-Württemberg erhoben. Der Zuwachs gegenüber 2001 beträgt hier 1 %. Das Aufkommen der Hundesteuer blieb mit einem Anstieg von 0,8 % auf nunmehr ca. 26,6 Mill. Euro annähernd gleich. Bei der von den Landkreisen und einigen Stadtkreisen erhobenen Jagdsteuer konnte ein Aufkommen von 2,7 Mill. Euro verzeichnet werden. Die vor allem von touristisch geprägten Gemeinden erhobene Zweitwohnungsteuer wies einen Ertrag von ca. 7,8 Mill. Euro auf. Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik belaufen sich die Einnahmen der Kommunen aus öffentlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern im Jahr 2003 auf 74,7 Mill. Euro.

Weitere Angaben der Jahresrechnungsstatistik der Kommunen in Baden-Württemberg können gemeindeweise aus der Struktur- und Regionaldatenbank und in Auszügen auch im Internet unter www.statistik-bw.de (Öffentliche Finanzen und Personal/Landesdaten) abgerufen werden.

Bilanzsumme öffentlicher Unternehmen steigt auf 90,6 Milliarden Euro

2 093 öffentlich bestimmte Unternehmen – genauer: Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (FEU), deren Eigenkapital zu mehr als 50 % oder deren Stimmrecht direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand gehalten bzw. wahrgenommen wird – haben 2002 zusammen eine Bilanzsumme von über 90,6 Mrd. Euro im Rahmen der Jahresabschlussstatistik gemeldet. Im Jahr 2001 betrug die Bilanzsumme noch 75,1 Mrd. Euro. Zur Orientierung: Das Haushaltsvolumen des Landes betrug 2002 rund 31 Mrd. Euro, das aller Kommunen (einschließlich Zweckverbände) 37,8 Mrd. Euro.

Betrachtet man die Rechtsformen der FEU, so fällt auf, dass 2002 die öffentlich-rechtlich organisierten FEU mit 1 281 Einheiten zwar von der Anzahl her rund 61 % ausmachen, blickt man jedoch auf die Bilanzsumme, so entfallen nur 25 % auf sie. Bei den FEU in privatrechtlicher Form stellen die Kapitalgesellschaften mit 740 Firmen die größte Gruppe. Sie wiesen zusammen eine Bilanzsumme von 65,7 Mrd. Euro auf. Das heißt zugleich, die Kapitalgesellschaften stellen rund 35 % der FEU, erzielen aber fast 72 % der Bilanzsumme aller FEU.

In der Bilanzsumme nicht enthalten sind die Angaben von in Baden-Württemberg ansässigen FEU mit Beteiligung des Bundes. Sie werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und konnten noch nicht einbezogen werden. Im Jahr 2001 betrug deren Bilanzsumme 21,1 Mrd. Euro.

Weitere Angaben zur Statistik der Jahresabschlüsse 2002 sind im Internet unter www.statistik-bw.de (Öffentliche Finanzen, öffentlicher Dienst/Landesdaten) zu finden. ■